



Presseschau vom 08.09.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. September wurde kein Beschüsse auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Handel zwischen China und USA abgeschwächt – Behörde**

Der Warenumsatz zwischen den USA und China geht vor dem Hintergrund des langwierigen Handelskrieges weiter zurück. Innerhalb von acht Monaten des Jahres 2019 belief er sich auf 355,6 Milliarden Dollar, also 13,9 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2018. Dies geht aus den am Sonntag veröffentlichten Zahlen der Pekinger Zollbehörde hervor.

Demnach gingen die chinesischen Exporte in die USA im Erhebungszeitraum um 8,9 Prozent auf 275,53 Milliarden Dollar zurück. Dabei importierten die Vereinigten Staaten nur Waren im Wert von 80,07 Milliarden nach China, was 27,5 Prozent weniger als im Zeitraum zwischen Januar und August des letzten Jahres sei.

Im August hätten sich die Ausfuhren aus China in die USA auf 37,30 Milliarden Dollar und die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten auf 10,35 Milliarden Dollar belaufen.

Das Handelsungleichgewicht zwischen beiden Ländern nimmt vor dem Hintergrund des Handelskrieges weiter zu: In den ersten acht Monaten dieses Jahres belief es sich auf 195,45 Milliarden Dollar.

Lug-info.com: Grußwort des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetchnik zum Tag des Panzersoldaten

Sehr geehrte Soldaten und Veteranen der Panzertruppen!

Ich gratuliere zum Tag des Panzersoldaten!

Schon vor fünf Jahren sind die Panzereinheiten der Lugansker Volksrepublik aus defekten oder von den bewaffneten faschistischen ukrainische Formationen erbeuteten Geräten entstanden. Damals hatten wir keine professionellen Mannschaften, aber wir hatten fähige und mutige Menschen, die zur Verteidigung des Vaterlands aufgestanden sind.

Heute verteidigen die Panzereinheiten der Republik die Freiheit und Unabhängigkeit des Staats auf dem notwendigen Niveau und setzen mit Ihnen die ruhmreiche Geschichte der militärischen Heldentaten ihrer Väter und Großväter fort. Die hohe Professionalität und Erfahrung, in Gefechten erlaubt es, Kampfaufgaben zur Verteidigung eines Teils der russischen Welt – der Lugansker Volksrepublik – zu erfüllen.

Ich bin überzeugt, dass jetzt genauso tapfere und mutige Menschen die Grenzen unserer Heimat verteidigen, die Einwohner der Republik können ihrer Sicherheit gewiss sein.

Aus ganzem Herzen gratuliere ich allen Veteranen, allen aktiven und in der Reserve befindlichen Panzersoldaten. Ich wünsche starke Gesundheit, familiäres Glück und das Allerbeste. Dass der Himmel der Lugansker Volksrepublik friedlich sein möge und Panzer und andere Panzertechnik nur bei Übungen gelenkt werden müssen.

de.sputniknews.com: **Kurz vor Abkommen: Trump sagt Friedensgespräche mit Taliban ab**

Mit einem unerwarteten Tweet hat US-Präsident Donald Trump anstehende Friedensverhandlungen mit der afghanischen Taliban-Bewegung abgesagt. Dieser Schritt erfolgte inmitten von Hoffnungen, dass bald ein Abkommen zwischen der Taliban und den USA geschlossen würde.

Trump schrieb am Samstagabend (Ortszeit) auf Twitter, er habe ursprünglich für diesen Sonntag in der Präsidentenresidenz Camp David (US-Bundesstaat Maryland) geheime Treffen mit den Taliban und – getrennt davon – mit Afghanistans Präsident Aschraf Ghani geplant. Wegen eines tödlichen Anschlags in der afghanischen Hauptstadt Kabul, bei dem auch ein US-Soldat ums Leben kam, habe er die Treffen und damit die Friedensverhandlungen jedoch abgesagt.

„Um ihren Einfluss auszubauen, bekannten sie sich zu der Attacke in Kabul, die einen unserer großen Soldaten sowie elf andere Menschen tötete“, erklärte Trump.

Der US-Staatschef erörterte, dass, wenn seine afghanischen Gesprächspartner während der Friedensverhandlungen keinen Waffenstillstand einhalten könnten, sie nicht die Fähigkeit hätten, ein sinnvolles Abkommen mit Washington zu vereinbaren.

Ob dies das endgültige Aus für die Verhandlungen ist oder diese nur ausgesetzt sind, blieb zunächst unklar.

Die USA und die Taliban sprechen seit Juli 2018 über eine politische Lösung des bald 18 Jahre dauernden Konflikts in Afghanistan. Der US-Chefunterhändler Zalmay Khalilzad hatte am Montag gesagt, man habe sich „grundsätzlich“ auf ein Abkommen geeinigt. Die Einigung sei aber erst endgültig, wenn sich Trump damit einverstanden erkläre. Sollte Trump zustimmen, könne das Abkommen in den kommenden Tagen verkündet werden. Nun kam alles anders.

Bei den Gesprächen ging es vor allem um Truppenabzüge und Garantien der Taliban, dass Afghanistan kein sicherer Hafen für Terroristen wird. In der Folge sollten innerafghanische Friedensgespräche geführt werden. Bisher hatten sich die Taliban geweigert, mit der Regierung in Kabul zu sprechen, die sie als „Marionette“ des Westens betrachten. Auch ein Waffenstillstand war Thema.

Die Amerikaner waren in Afghanistan nach den Flugzeugattentaten von Al-Kaida in den USA am 11. September 2001 einmarschiert. Al-Kaida hatte damals ihre Zentrale in Afghanistan. Die verheerenden Anschläge jähren sich in der kommenden Woche zum 18. Mal.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 7:25 Uhr das Feuer mit einer Antipanzerlenkrakete aus Richtung Awdejewka in Richtung **Jasinowataja** eröffnet. Infolge des Beschusses entstand ein Brand am Dach eines Wohnhauses in der Dnjepropetrowskaja-Straße 18. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Fall MH 17: Niederlande fordern von Russland Auslieferung von Zeugen – Medien**

Die niederländische Generalstaatsanwaltschaft fordert Russland auf, den am Samstag von der ukrainischen Seite freigelassenen Wladimir Zemach auszuliefern. Dieser gilt als Zeuge im Fall der 2014 im ostukrainischen Gebiet Donbass abgestürzten Boeing der Malaysia Airlines. Dies berichtet die niederländische Zeitung „Algemeen Dagblad“.

„Die Generalstaatsanwaltschaft hat jetzt gefordert, dass Russland Zemach ausliefert“, heißt es in dem Beitrag.

Zuvor teilte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski mit, dass die niederländischen Ermittler Zemach, den Ex-Kommandeur einer der „Luftabwehreinheiten“ der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (DVR), bereits befragt hätten, bevor ihn die ukrainischen Behörden an Russland übergaben.

Verwandte von Zemach gaben ihrerseits an, dieser sei im Juli von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) aus seiner Wohnung entführt worden. Laut dem Chef der DVR, Denis Puschilin, ist dies auf Kiews Versuche zurückzuführen, Beweise im Falle des Absturzes von MH17 zu fälschen.

Am Samstag ließen Russland und die Ukraine gegenseitig verurteilte und inhaftierte Bürger frei. Russland setzte dabei den wegen Terrorismus verurteilten Ukrainer Oleg Senzow und die der Verletzung der russischen Seegrenze beschuldigten 24 ukrainischen Soldaten auf freien Fuß.

Am selben Tag traf auch der vom Kiewer Gericht aus der Haft entlassene Chef des Kiewer Büros der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, Kirill Wyschinski, in Russland ein. Der Freilassung der Gefangenen gingen langwierige Aktivitäten und bilaterale Verhandlungen voraus.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 07. September 3:00 Uhr bis 08. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **GORLOWKA (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Golmowskij), KRUTAJA BALKA, DOKUSCHAJEWSK, PETROWSKOJE, LENINSKOJE, NOWAJA MARJEWKA, KOMINTERNOWO, NOWAJA TAWRIJA.**

Wie schon mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der BFU auf Kominternowo Brände an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

- Achmatowa-Straße 15;
- Kirow-Straße 73.

Außerdem wurden infolge des Beschusses von Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks) Schäden am Dach eines Hauses in der Wesennjaja-Straße 29 festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 230.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 145.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: „Große Bedeutung für Gesundung der Beziehungen“: Putin und Selenskyj bewerten Gefangenenaustausch

Nach dem beispiellosen Gefangenenaustausch zwischen Kiew und Moskau haben der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskyj (Wladimir Selenski) am Samstagabend ein Telefongespräch abgehalten. Das Telefonat erfolgte auf Initiative Kiews. Das teilte der Pressedienst des Kremls am Sonntag mit.

Demnach schätzten die Staatschefs die gegenseitige Freilassung der inhaftierten Russen und Ukrainer von Samstag positiv ein. Beide Seiten hätten den humanitären Aspekt der Aktion hervorgehoben. Dieser Schritt habe eine große Bedeutung für die „Normalisierung und Gesundung der bilateralen Beziehungen“.

Zudem hätten die beiden Seiten das Problem der Regelung des Ukraine-Konfliktes zur Erörterung gebracht. Putin und Selenskyj hätten auf die Wichtigkeit verwiesen, die Waffenruhe und eine konsequente Entflechtung der Kräfte und Mittel an der Berührungslinie im Donbass einzuhalten.

Demnach sprach Putin auch über die Fortsetzung der allseitigen Vorbereitung auf einen Gipfel im Normandie-Format, damit das nächste Treffen in dieser Zusammensetzung Ergebnisse zeitigen und die Erfüllung der Vereinbarungen auf höchster Ebene, vor allem des in Minsk vereinbarten „Maßnahmenkomplexes“, fördern könne.

Putin und Selenskyj einigten sich darauf, ihre Kontakte fortzusetzen.

Am Samstag erfolgte der seit Jahren größte Austausch von politischen Gefangenen zwischen Russland und der Ukraine. Insgesamt kehrten 70 Menschen in ihre Heimatländer zurück. Der Austausch erfolgte nach der Formel 35 gegen 35.

Flugzeuge beider Länder landeten fast gleichzeitig auf den Flughäfen der Hauptstädte. Unter anderem ist der Chef des Kiewer Büros der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, Kirill Wyschinski, der Ende August in der Ukraine auf freien Fuß gesetzt wurde, am Samstag von Kiew nach Moskau geflogen.

In Kiew trafen auch die 24 ukrainischen Seeleute ein, die seit November in Russland in Haft gesessen hatten. An Bord der Maschine war außerdem Oleg Senzow, der im Mai 2014 wegen des Verdachts der Planung terroristischer Handlungen auf der Halbinsel Krim verhaftet und nach Moskau überstellt worden war.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32041/81/320418167.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 8. September 2019**

Die Straflosigkeit der Verbrechen der ukrainischen Banditen verstärkt weiter die Leiden der Bevölkerung der Donezker Volksrepublik

Der tägliche Beschuss der BFU auf unsere Ortschaften, der den Friedensprozess sabotieren soll, erschwert die Arbeit der Einheiten des Zivilschutzministeriums zur Beseitigung der Folgen der Anwendung von verbotenen Waffen durch die ukrainischen Straftruppen und den Wiederaufbau der beschädigten Infrastrukturobjekte erheblich.

Eine besondere Gefahr für die Bürger stellen nicht detonierte Geschosse der BFU in Wohngebieten dar.

So detonierte heute, während zwei Einwohnerinnen von Spartak, wohnhaft Zentralnaja-Straße, Arbeiten auf einem Gartenstück erledigten., ein zunächst nicht detoniertes Geschoss, dass nach dem Beschuss durch die Banditen Kokorjews aus der 92. Brigade zurückgeblieben war. **Eine der Frauen, geb. 1961, starb an zahlreichen Splitterverletzungen, die zweite, geb. 1961, wurde mit Verletzungen an den unten Gliedmaßen ins Krankenhaus eingeliefert.**

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, auf die Frage zu antworten – wie viele Leiden werden unserem Volk noch zugefügt werden, bevor die Verbrechen der ukrainischen Terroristen die notwendige Verurteilung von ihrer Seite erfahren?

de.sputniknews.com: **Massenproteste in Hongkong am 8. September 2019**

Nach erneuten Protesten in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong ist es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten gekommen, meldet die Hongkonger Fernseh- und Rundfunkanstalt RTHK. 19 Personen seien ins Krankenhaus eingeliefert worden, der Zustand von zwei Menschen werde als ernst eingestuft.

Demnach wurde am Freitag und Samstag vor einer Polizeistation im dicht besiedelten Stadtteil Mongkok demonstriert. Die Protestler zündeten dabei Regenschirme, Papier, Kisten und andere Gegenstände an. Außerdem versuchten sie unter anderem in der U-Bahn den Verkehr zu stören. Die Polizei setzte mehrmals Tränengas ein, um die Menge zu zerstreuen. Die Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam teilte am Mittwoch mit, der Entwurf zu dem umstrittenen Gesetz über Auslieferungen nach China werde komplett zurückgezogen. Ihr zufolge werden im Oktober, wenn die Unterbrechung der Arbeit der gesetzgebenden Versammlung endet, alle notwendigen Verfahren durchgeführt.

Der Gesetzentwurf war Auslöser der langwierigen Proteste, die anfangs friedliche Demonstrationen waren, dann aber zu Zusammenstößen auf den Straßen führten. Nach drei

Monaten Chaos machten die Behörden Zugeständnisse bei nur einer der fünf Forderungen der Demonstranten.

Die Protestierenden wiederum sind unzufrieden und fordern immer noch, „alle fünf Forderungen zu erfüllen und nicht eine weniger“. Sie fordern, die Verwendung des Begriffs „Krawalle“ in Bezug auf die Proteste vom 12. Juni fallenzulassen, alle zuvor verhafteten Demonstranten freizulassen, eine unabhängige Untersuchung der Polizeiaktionen während der Proteste vom 12. Juni durchzuführen und freie Wahlen des Regierungschefs sowie der Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung einzuführen.

Laut Carrie Lam wird die Regierung keine Zugeständnisse bezüglich der Amnestie machen, da dies gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoße. Dabei werde sich ein Unabhängiger Rat mit den Beschwerden hinsichtlich der Handlungen der Polizisten auseinandersetzen, und nicht eine unabhängige Kommission, wie von den Demonstranten gefordert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32570/88/325708836.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Weiteres EU-Land will Streitkräfte nach Syrien schicken**

Dänemark beabsichtigt, seine Streitkräfte nach Syrien zu schicken, um der von den USA geführten Koalition im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“* zu helfen. Dies berichtet „Al-Masdar News“ unter Berufung auf den Vertreter des US-Verteidigungsministeriums, Jonathan Hoffman.

„Die Vereinigten Staaten begrüßen die Botschaft der dänischen Regierung, Militär nach Syrien zu schicken (...). Unsere dänischen Partner werden mit den im Nordosten Syriens verbleibenden US-Streitkräften zusammenarbeiten, um Sicherheit und Stabilität in der Region zu gewährleisten“, zitiert ihn die Zeitung.

Laut der Webseite des dänischen Verteidigungsministeriums besteht die Unterstützung der internationalen Koalition bisher auf die Entsendung von 14 Militärärzten zu einer Militärbasis in Syrien. Die Behörden des Landes erwägen aber die Möglichkeit, einen Teil ihrer Flotte in die Straße von Hormus zu schicken.

Das Vorgehen der dänischen Behörden folgte nach einer Äußerung von US-Präsident Donald Trump: Ende August warf er Dänemark via Twitter vor, dass es anstatt zwei Prozent, die von den Nato-Mitgliedstaaten verlangt werden, nur 1,35 Prozent des BIP für Verteidigung ausbebe.

Der Syrien-Konflikt war im Jahr 2011 ausgebrochen. Auf Bitte von Damaskus hin schalteten sich die Luft- und Weltraumtruppen Russlands 2015 in den Kampf gegen die Terroristen ein. Im Laufe von drei Jahren half das russische Militär, die Terrormiliz „Islamischer Staat“* zu zerschlagen. Zurzeit wird das Territorium der Republik von vereinzelt Terrorgruppen gesäubert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32570/87/325708733.jpg>

de.sputniknews.com: **Atomabkommen: Iran bedauert Versagen von Europa – Chef der Atomenergieorganisation**

Teheran bedauert laut Ali Akbar Salehi, dem Leiter der iranischen Atomenergieorganisation, dass Europa seinen Teil der Verpflichtungen bezüglich des Atomabkommens nicht erfüllen konnte. Dies meldet die iranische Agentur Mehr News Agency am Sonntag.

„Es wurde erwartet, dass die EU die USA ablösen würde, um den Rückzug der Amerikaner aus dem Abkommen zu kompensieren. Leider konnten die Europäer die gemachten Versprechen nicht einhalten“, sagte Salehi nach dem Treffen mit dem geschäftsführenden Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Viel schlimmer seien die Äußerungen der Sprecherin des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Maja Kocijancic, wonach die Europäer dem gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) verpflichtet sein würden, solange der Iran dies tue.

„Ich frage mich, ob sie sich bis heute dem Abkommen verpflichtet fühlen? Sie haben bis heute nicht entsprechend gehandelt“, so Salehi weiter.

Am 6. September war berichtet worden, der Iran habe angekündigt, ab diesem Tag weitere Bestimmungen des Internationalen Atomabkommens nicht mehr einhalten zu wollen.

In einem Brief des iranischen Außenministers Mohammed Dschawad Sarif an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini habe es geheißt, dass man sämtliche Beschränkungen für Forschung und Entwicklung aufgehoben habe. Es wurde gemutmaßt, dass damit die Arbeit an hochkomplexen Zentrifugen gemeint war, die für die weitere Anreicherung von Uran benötigt werden, und deren Entwicklung dem Iran im Abkommen untersagt wurde.

Der Iran hat bereits laut Medienberichten 20 Zentrifugen IR-4 zur Anreicherung von Uran anstelle von zehn installiert, die im Rahmen des Atomabkommens vorgesehen sind. Darüber hinaus soll der Iran mit der Gasifizierung einer Kaskade von 20 moderneren IR-6-Zentrifugen begonnen haben. Teheran habe sie faktisch früher in Betrieb genommen, als es der Atomdeal bezüglich der Tests verschiedener Maschinentypen vorschreibt.

Dnr-online.ru: **Glückwunsch des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag der Befreiung des Donbass**

Sehr geehrte Landsleute! Ich gratuliere zum 76. Jahrestag der Befreiung unserer Region von den faschistischen deutschen Besatzern!

Für uns alle ist das ein heilige Feiertag. Wir, die Nachkommen der Helden der Befreiung, werden niemals die vergessen, die die Faschisten von unserem Land vertrieben! Die, die ohne sich zu schonen und Blut vergießend, die braune Pest vernichteten.

Vor 76 Jahren wurde das Rückgrat des Faschismus in unserem Land gebrochen. Die Rote Armee vertrieb die Besatzer aus dem Donbass. Dieser Tag wurde für alle zu einem Symbol der Befreiung unserer Region von der nazistischen Pest. Ein Symbol, das auch heute uns allen hilft, dem Sieg entgegen zu gehen.

Sehr geehrte Veteranen, heute leisten wir – Eure Kinder, Enkel und Urenkel – genauso wie Sie vor 75 Jahren, der nazistischen Pest Widerstand. Und wir sind Ihnen für die große und heldenhafte Tat dankbar, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs geleistet wurde! Die Heldentat ist für uns alle ein Vorbild für Mut und Patriotismus geworden.

Ich verspreche, wir werden unsere Heimat niemals irgendjemandem zum Zerfleischen überlassen. Der Donbass war und wird frei sein.

Zum Feiertag!

de.sputniknews.com: **Russland: Invasion in Betrieb der Raumfahrtindustrie – 17 Personen gefasst**

Eine 50-köpfige Gruppe hat einen Einbruch ins Gelände eines Unternehmens der russischen Raumfahrtindustrie versucht mit dem Ziel, Betriebsausrüstungen zu beschädigen. Wie der Pressedienst der Staatskorporation Roskosmos am Sonntag mitteilte, sind seit Samstag insgesamt 17 Tatverdächtige festgenommen worden.

In einem Ermittlungsverfahren wurde festgestellt, dass eine Gruppe von Personen zur Nachtzeit versucht hatte, in ein Forschungs- und Versuchszentrum der Weltraumraketenindustrie einzudringen.

Am Samstag wurden vom Sicherheitsdienst drei Personen festgenommen, die vom Dach des Betriebsgebäudes geheime Objekte fotografieren wollten, um dann die Fotos im Internet zu veröffentlichen.

Nach Angaben der Staatskorporation Roskosmos sind am Sonntagmorgen weitere 14 Personen festgenommen worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32570/91/325709105.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponko**

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt. Ab 00:00 Uhr heute hat der Gegner **einmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. In **Richtung Slawjanoserbsk** haben die Kämpfer der 14. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojschenko das Gebiet von **Donezkij** mit Schützenpanzerwaffen beschossen.

Infolge des Beschusses auf Donezkij wurde ein Wohnhaus in der der Krinitchnaja-Straße 12 beschädigt. Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es keine.

Der Fall von Beschuss ist dokumentiert, die Materialien wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen den Kommandeur der 14. Brigade der BFU Wojtschenko.

Wir rufen die internationalen Organisationen ein weiteres mal auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und auf die ukrainischen bewaffneten Formationen Druck auszuüben, um den erreichten Waffenstillstand zu erhalten.

Gleichzeitig nutzen die ukrainischen Truppen weiter aktiv **Drohnen an der Kontaktlinie** und verletzen so weiter die Minsker Vereinbarungen. Ich versichere den ukrainischen Besatzern die Nutzlosigkeit dieser Handlungen, weil die Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der LVR regelmäßig diese Versuche unterbinden.

Im Gebiet von Teplitschnoje wurde eine **Drohne des Gegners vom Typ „Skywalker“ entdeckt und abgeschossen**, sie betrieb Luftaufklärung. Die Materialien von der Drohne enthalten Fotos und Videos von Feuerstellungen von Mörsermannschaften, die in Feuerbereitschaft sind.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zur **Konzentration und Umgruppierung von Kräften und Mitteln** sowie zur Konzentration von Waffen und Militärtechnik in der Zone der Strafoperation.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von acht Schützenpanzern, und vier Schützenpanzerwagen im Gebiet von Wyskriwa bemerkt. Außerdem ist das Vorhandensein von Schützenpanzerwagen in Troizkoje und Makarowo zu bemerken.

In Richtung Debalzewo geht die Ablösung der Verbände der BFU weiter

Im Zusammenhang mit dem Abzug der 30. mechanisierten Brigade aus der Zone der Strafoperation führt das Kommando des Verbandes gemeinsam mit Mitarbeitern des SBU eine Inventarisierung der Munition durch. Bei der Arbeit wurde das Fehlen von mehr als 500 Mörsergeschossen der Kaliber 120 und 82mm entdeckt. Derzeit betrieben Funktionsträger der 30. mechanisierten Brigade den Aufkauf von fehlender Munition in benachbarten Truppenteilen und Verbänden der BFU in der OOS-Zone, um die Fehlbestände an Munition zu verheimlichen.

Die Volksmiliz der LVR lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und widmet den Fragen der Sicherheit der Republik erhöhte Aufmerksamkeit. Mit dem Personal der Einheiten werden ständig militärische Übungen zur Ausbildung durchgeführt.

Die Soldaten der Volksmiliz der LVR halten die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall einer direkten Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen sind sie bereit, entschieden zu handeln.

Im Namen der Leitung der Volksmiliz und in meinem eigenen will ich unseren Panzersoldaten zu ihrem Berufsfeiertag gratulieren. Wir danken für die nicht einfache militärische Arbeit, wir wünschen starke Gesundheit, Erfolge in der militärischen Ausbildung und einen friedlichen Himmel über dem Kopf!

de.sputniknews.com: **Nordosten Syriens: USA und Türkei starten gemeinsame Patrouillen – Damaskus reagiert**

Syrien verurteilt die von den USA und der Türkei im Nordosten Syriens begonnenen gemeinsamen Patrouillen. Dies teilt die syrische Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf eine Quelle im Außenministerium des Landes mit.

„Die Syrische Arabische Republik verurteilt nachdrücklich die von der US-Regierung und der Türkei gestarteten gemeinsamen Patrouillen in der Jazira Region (im Nordosten Syriens – Anm. d. Red.), die einen offensichtlichen Verstoß gegen das Völkerrecht, das Hoheitsrecht und die Integrität der Syrischen Arabischen Republik darstellt“, so die Quelle.

Zuvor war berichtet worden, dass das türkische und das US-amerikanische Militär gemeinsame Patrouillen in einer sogenannten Sicherheitszone im Nordosten Syriens durchführen. Dabei würden sie von Drohnen unterstützt.

Die von den USA und der Türkei abgeschlossene Vereinbarung vom 7. August sieht laut Medienberichten die Schaffung einer bis zu 32 Kilometer breiten Zone entlang der türkischen Grenze zu den Kurdengebieten in Nordsyrien vor, um türkischen Sicherheitsbedenken Rechnung zu tragen. Die Region wird von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) kontrolliert, die Ankara als terroristische Bedrohung einstuft. Damaskus lehnte dieses Abkommen nachdrücklich ab, da es einen groben Verstoß gegen die territoriale Integrität der Syrischen Arabischen Republik und eine Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen darstelle.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32570/93/325709316.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gratulierte heute den Soldaten der Volksmiliz der DVR zum Tag des Panzersoldaten und überreichte ihnen staatliche Auszeichnungen.

In seiner Ansprache zu den Soldaten gratulierte Puschilin ihnen sowohl zum Berufsfeiertag als auch zum 76. Jahrestag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern.

„Ich kann mit Überzeugung sagen: die heutige Generation ist ihrer heldenhaften Großväter und Urgroßväter würdig. Niemand schwankte vor der Wahl – sein Haus, seine Heimat zu verteidigen oder nicht zu verteidigen. Viele verteidigten und verteidigen weiter ihr Land, ihre Heimat ohne einen Augenblick nachzudenken, sie opfer das teuerste was sie haben, ihr eigenes Leben“, unterstrich Puschilin.

Unter anderem wurde Pjotr Rutschjew mit dem Orden der Republik ausgezeichnet, 11 Soldaten erhielten das Georgskreuz vierten Grades und weitere fünf eine Ehrenurkunde des Oberhauptes der DVR, sechs eine Dankesurkunde des Staatsoberhauptes.

de.sputniknews.com: Taliban zu Trumps Gesprächs-Aus: USA werden „mehr als jeder andere leiden“

Als Reaktion auf eine Absage der bevorstehenden Friedensgespräche zwischen den USA und den Taliban hat die radikalislamische afghanische Bewegung am Sonntag mit menschlichen Verlusten gedroht.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump die Friedensverhandlungen mit den Taliban wegen eines schweren Terroranschlags in der afghanischen Hauptstadt Kabul abgebrochen.

„Die Amerikaner werden wegen der Stornierung der Gespräche mehr als jeder andere leiden“, sagte der Taliban-Sprecher Zabihullah Mujahid.

Trump's Entscheidung würde laut Mujahid zu „weiteren Verlusten von US-Leben“ führen. Allerdings wäre Washington früher oder später gezwungen, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Inzwischen würden die Taliban ihren Kampf gegen jegliche

ausländische Präsenz in Afghanistan weiterhin führen.

Wie Mujahid verlautbarte, liefen die Gespräche bis heute reibungslos – eine weitere Runde offizieller Verhandlungen sei für den 23. September anberaumt gewesen.

Am Samstagabend (Ortszeit) schrieb Trump auf seinem Twitter, er habe separate Treffen mit den Taliban sowie mit dem afghanischen Präsidenten geplant. In letzter Minute habe er die Gespräche allerdings abgesagt, denn der jüngste Anschlag in Kabul, bei dem unter anderem ein US-Soldat getötet worden sei, sei ein Beweis dafür, dass die Taliban nicht zur Vereinbarung eines sinnvollen Abkommens fähig seien.

Später berichteten US-Medien, dass Trump die Situation im Voraus mit seinem Sicherheitsberater John Bolton besprochen habe. Bolton soll auf die „möglichen Fallstricke“ eines eventuellen Abkommens verwiesen und die Bedingungen der Taliban als „zu vage“ bezeichnet haben.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.09.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **12-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Banditen aus der 30. Brigade unter Kommando von Garas die Gebiete von **Golmowskij** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern und Schützenpanzerwaffen beschossen. Infolge des feindlichen Beschusses auf die Siedlung des Gagarin-Bergwerks mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern wurde das Dach eines Wohnhauses in der Wesennjaja-Straße 29 beschädigt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. Brigade, Kokorjews aus der 92. Brigade und Palas' aus der 35. Marineinfanteriebrigade **Nowaja Marjewka, Petrowskoje, Krutaja Balka und Dokutschajewsk** mit 120mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Mariupol** haben die Banditen Gnatows aus der 36. Marineinfanteriebrigade das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Kominternowo, Leninskoje und Nowaja Tawrija** eröffnet. In der Folge des feindlichen Feuers auf Kominternowo unter Einsatz eines automatischen Granatwerfers und eines Abwehrgeschützes entstanden ein Brände von zwei privaten Wohnhäusern in der Achmatowa-Straße 15 und der Kirow-Straße 73.

Die Gesamtzahl der von Seiten der ukrainischen Streitkräfte abgeschossenen Mörser- und Granatgeschosse betrug 230.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die Kämpfer Kokorjews aus der 92. Brigade den Beschuss des Territoriums unserer Republik fortgesetzt und mit Antipanzerlenkraketen das Gebiet von **Jasinowataja** beschossen, dabei entstand ein Brand am Dach eines Wohnhauses in der Dnjepropetrowskaja-Straße 18.

Außerdem detonierte heute, während zwei zivile Einwohnerinnen von Spartak, wohnhaft Zentralnaja-Straße, Arbeiten auf einem Gartenstück erledigten, ein früher nicht detoniertes Geschoss, das nach dem Beschuss durch die Banditen Kokorjews aus der 92. Brigade zurückgeblieben war. **Eine der Frauen, geb. 1961, starb an zahlreichen Splitterverletzungen, die zweite, geb. 1961, wurde mit Verletzungen an den untern Gliedmaßen ins Krankenhaus eingeliefert.**

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und den Fall von Beschuss friedlicher Stadtteile und von Tod unter der Zivilbevölkerung in der Folge der Aggression von Seiten der ukrainischen Besatzer zu registrieren.

Die Unkontrolliertheit der ukrainischen Kämpfer kennt keine Grenzen. Die Strafsoldaten aus

der 92. Brigade, die mit nicht endendem Beschuss das Personal der Donezker Filterstation gefährden, sind auf neues Niveau übergegangen.

Die Besatzer haben das **Feuer mit einem Handgranatwerfer und Schusswaffen in Richtung eines Patrouille der OSZE-Mission**, die Monitoring im Gebiet von Jasinowataja betrieb, eröffnet. Eine der Granaten detonierte in der Luft 100m von einem OSZE-Fahrzeug entfernt. Solche Handlungen haben das Ziel, die ohnehin brüchige Situation zu destabilisieren. Wir unsererseits rechnen auf eine äußerste feste Bewertung der Handlungen von Seiten der Weltgemeinschaft.

Es gehen weiter Informationen über **Opfer unter der Zivilbevölkerung durch die BFU** ein. So erlitt am 29. August infolge ungeordneten Feuers mit Maschinenpistolen durch betrunkene Kämpfer von „Asow“ auf die Häuser friedlicher Einwohner in Nowoluganskoje eine friedliche Einwohnerin, geb. 1949, eine Schusswunde am Bein. Dieser Fall wurde von Beobachtern der OSZE-Mission festgehalten.

Ein weiteres Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung geschah in der Nacht vom 5. auf den 6. September, als eine Gruppe von Kämpfern der BFU in einer Vergnügungseinrichtung von Wolnowacha den Tag der Aufklärung beging. In der Hitze eines Wortgefechts äußerte einer der Besucher Kritik. In Erwiderung darauf, setzte der außerordentlich betrunkene Major Melnik seine Dienstwaffe gegen den Zivilisten ein. Der Mann starb vor Ort.

Heute ist der Tag des Panzersoldaten – einer der bedeutsamsten und wichtigsten Feiertage. Dank den Panzersoldaten haben unsere Truppen in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges ernsthafte Erfolge errungen. Auch jetzt verlieren diese Truppen nicht ihre Aktualität. Sehr geehrte Panzersoldaten, das Kommando der Volksmiliz der DVR gratuliert Ihnen zum Berufsfeiertag, dem Tag des Panzersoldaten, und wünscht Ihnen starke Gesundheit und weitere Erfolge im Dienst.

de.sputniknews.com: **Südkoreanischer Diplomat: Wirtschaftsbündnis mit Nordkorea möglich**

Die Behörden Südkoreas und Nordkoreas könnten in den nächsten zehn bis 15 Jahren ein Wirtschaftsbündnis von der Art der Europäischen Union bilden, sagte der Diplomatie- und Sicherheitsbeauftragte des südkoreanischen Präsidenten, Moon Chung-in, gegenüber Medien. Eine solche Vereinigung werde viel Zeit in Anspruch nehmen, weil „der Norden sich im Grunde genommen von Südkorea wesentlich unterscheidet“. „Zudem besteht eine zwiespältige Situation (in den Beziehungen Nordkoreas – Anm. d. Red.) zu China und den USA. Der Prozess der Fusion wird nicht leicht sein. Damit diese schon in nächster Zeit zustande kommen kann, werden wir eine Einigung darüber erzielen müssen. Gleichzeitig müssen internationale Wirtschaftssanktionen gegen Pjöngjang in Betracht gezogen werden“, erläuterte Moon Chung-in.

Für die Bildung eines Bündnisses sei vor allem ein zuverlässiger und effektiver regelmäßiger Mechanismus ständiger Kontakte auf höchster Ebene notwendig, so der Beauftragte.

Außerdem gelte es, sich über den interparlamentarischen und interministerialen Austausch zwischen Pjöngjang und Seoul zu einigen. Am wichtigsten sei weiterhin die Frage des Status Nordkoreas, betonte Moon Chung-in.

„Es besteht die Idee der Bildung einer so genannten Koreanischen Föderation, in der zwei Regierungssysteme und zwei Staatsaufbausysteme – das kapitalistische und das sozialistische – koexistieren sollen. Eine solche Form der Staatlichkeit passt Seoul nicht“, sagte der Beauftragte. Er fügte hinzu, dass die südkoreanischen Behörden in der ersten Etappe der Vereinigung planen, die beiden politischen Systeme und die beiden unabhängigen Regierungen beizubehalten.

In Pjöngjang hatte im September 2018 das 3. Innerkoreanische Gipfeltreffen stattgefunden. Die Seiten verständigten sich darauf, die über die Halbinsel Korea verlaufende Eisenbahn wiederherzustellen, den Mechanismus der Vorbeugung von Grenzzwischenfällen zu regeln

und die nordkoreanischen Testgelände abzubauen. Im Dezember wurden die durch Nord- und Südkorea führenden Schienenwege feierlich miteinander verbunden. Diese Veranstaltung symbolisierte eine Wende in den Beziehungen zwischen den beiden Koreas.

abends:

de.sputniknews.com: **Merkel stellt Forderungen an China**

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist derzeit auf einer Staatsvisite in China. Diese Reise gilt als eine der schwierigsten in der letzten Zeit – nicht zuletzt, weil das Land ein schwieriger Partner ist und zugleich selbst ein Problem etwa mit Hongkong hat, das vom Westen unterstützt wird.

Bei ihrer Reise in China hat Merkel am Samstag in der Stadt Wuhan von China mehr internationale Verantwortung gefordert und zugleich den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit betont.

China müsse auf einer Vielzahl von Feldern mehr Verantwortung übernehmen, fordert Merkel. Darunter gelte auch, dass Peking sich etwa in Hongkong für eine friedliche Lösung einsetzt.

„Ich habe dafür geworben, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden, und gesagt, dass alles andere aus meiner Sicht eine Katastrophe wäre.“

Das sei besonders wichtig, weil Chinas Rolle in der Welt immer weiter zunehme. Das Land habe auch als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat eine besondere Rolle. Als Beispiel nannte sie den Streit über das Südchinesische Meer.

„China hat sehr große Verantwortung für die Freiheit der Seewege.“

Nicht alle Nachbarn seien mit der Interpretation Chinas einverstanden, dass das Land Ansprüche auf die Inseln und Seegebiete des südchinesischen Meeres erhebt.

„Eines Tages“ werde es zudem die Diskussion geben müssen, ob China weiter als Entwicklungsland eingestuft werden könne, wenn es technologisch in vielen Bereichen bereits führend sei.

Aus dem Status ergeben sich Vorteile für das Land beim Handel und bei der Entwicklungshilfe. Außerdem bemühe sich China zwar beim Klimaschutz, sei aber der weltgrößte Emittent von Treibhausgasen und der Ausstoß wachse weiter, sagte Merkel. Das Land müsse sich die Frage stellen, wann dies enden solle.

Trotz der politischen Unterschiede zu der kommunistischen Führung in China betonte die Kanzlerin, die mit einer großen Wirtschaftsdelegation am Freitag Gespräche in Peking geführt hatte, aber auch ihren Wunsch nach engerer Kooperation mit dem Land.

Nachdem in Peking elf Abkommen zwischen deutschen und chinesischen Konzernen abgeschlossen worden waren, gab sie am Samstag den Startschuss für eine neue Produktionslinie des deutschen Autozulieferers Webasto in Wuhan. Das Unternehmen will zwei Millionen Dachsysteme für Autos, 1,2 Millionen elektrische Heizsysteme vor allem für E-Autos und 600.000 Ladestationen herstellen.

Auch auf dem Bereich der Wissenschaft will die Bundesregierung enger mit Peking kooperieren. Merkel betonte, dass sie neben der Wirtschaftszusammenarbeit mit einer Handelsbilanz von knapp 100 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2019 auch eine engere Zusammenarbeit im Wissenschafts- und Hochschulbereich möchte. Aus China kommt bereits heute die größte Gruppe ausländischer Studenten.

Die Technische Universität Huazhong in der Millionen-Stadt Wuhan möchte ihre Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz ausbauen.

China gilt neben den USA als führend in dieser Zukunftstechnologie.

Von Seiten der Hongkonger Opposition gab es Kritik an Merkels Aussagen, vor allem, weil sie zu wenig demokratische Werte angesprochen hätte. Der führende Oppositionsaktivist

Joshua Wong sagte der „Bild am Sonntag“, Merkel hätte sich noch deutlicher äußern und für freie Wahlen einsetzen sollen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32570/98/325709851.jpg>